



Reform des Gesundheitswesens Finanzpolitische Entscheidungen im Gesundheitswesen und ihre Auswirkungen auf die Versorgung

Am 23.9.2011 wird im Bundestag über das Versorgungsstrukturgesetz abgestimmt. Kaum einer der 4,6 Millionen Beschäftigten der Gesundheitsbranche wird von diesem Gesetz nicht betroffen. Dies nahmen die auf das Gesundheitswesen spezialisierten Berater der Rechtsanwaltskanzlei Koch, Staats, Kickler, Schramm & Partner und der DanRevision Gruppe zum Anlass, mit Jens Spahn als dem Verantwortlichen der CDU/CSU Bundestagsfraktion für Gesundheitspolitik am 16.9. in Kiel gemeinsam in eine Diskussion einzusteigen.

Die Schwerpunkte des Gesetzes sind allgemein bekannt. Spahn zeigte sich gleich zu Beginn der Veranstaltung für Anregungen offen: "Bis nächsten Freitag ist noch Zeit für gute Ideen", so Spahn am Beginn der Veranstaltung. Auch wenn die Zeit kaum reichte, die Fragen und Anregungen aus dem hauptsächlich aus Ärzten bestehendem Publikum zu diskutieren, wurde doch deutlich, dass der bisherige Gesetzesentwurf noch diverse Fragen offenlässt. "Das Gesetz denkt nicht ausreichend aus der Sicht der Patienten" warf beispielsweise ein Besucher ein. Auch die Finanzierung des Gesetzes erscheint in vielerlei Hinsicht noch diffus. Jens Spahn beteuerte: "Keiner Ihrer Abgeordneten, egal welcher Couleur, wacht morgens mit der Frage auf, wie er die Ärzte am meisten ärgern kann".

"Wir wollten mit Jens Spahn einmal einen Verantwortlichen der Gesundheitspolitik nach Kiel holen" so Fachanwalt für Medizinrecht, Stephan Gierthmühlen. Und der DanMed-Steuerberater Feindt pflichtet ihm bei: "Die rege Diskussion hat gezeigt, dass dafür generell Bedarf besteht."

Stephan Gierthmühlen
Rechtsanwalt
16.09.2011